

Eine typische Spielart von europäischem Rechtsradikalismus? Drei Besonderheiten der ukrainischen Freiheitspartei aus vergleichender Perspektive

Umland, Andreas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Umland, A. (2013). Eine typische Spielart von europäischem Rechtsradikalismus? Drei Besonderheiten der ukrainischen Freiheitspartei aus vergleichender Perspektive. *Ukraine-Analysen*, 117, 5-9. <https://doi.org/10.31205/UA.117.02>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



ZWEI NEUE KRÄFTE IM PARLAMENT AKTUELLE WAHLTRENDS

- | | | |
|---|--|----|
| ■ ANALYSE | | |
| UDAR – Charakterisierung einer neuen politischen Kraft | | 2 |
| Von Max Bader, Leiden, und Andrey Meleshevich, Kiew | | |
| ■ ANALYSE | | |
| Eine typische Spielart von europäischem Rechtsradikalismus? | | |
| Drei Besonderheiten der ukrainischen Freiheitspartei aus vergleichender Perspektive | | 5 |
| Von Andreas Umland, Kiew | | |
| <hr/> | | |
| ■ UMFRAGE | | |
| Aktuelle Wahlrends | | 10 |
| <hr/> | | |
| ■ CHRONIK | | |
| Vom 15. bis zum 28. Mai 2013 | | 13 |



UDAR – Charakterisierung einer neuen politischen Kraft

Von Max Bader, Leiden, und Andrey Meleshevich, Kiew

Zusammenfassung

Seit der Unabhängigkeit der Ukraine war ihre Parteienlandschaft immer durch geringe Institutionalisierung gekennzeichnet. Bei jeder Wahl tauchten – scheinbar aus dem Nichts – neue politische Kräfte auf, während andere, vormals einflussreiche, von der politischen Bühne verschwanden. Eines dieser neuen Gesichter der Parlamentswahl im Oktober 2012 war die UDAR-Partei des weltberühmten Boxweltmeisters Witalij Klitschko. Woher stammt diese Partei? Was unterscheidet sie von den etwa 200 anderen formal registrierten Parteien in der Ukraine? Und welche Perspektiven bieten sich für sie in der extrem unbeständigen politischen Landschaft?

Einleitung

Nach der Gründung im Jahr 2010 nahm UDAR 2012 zum ersten Mal an einer landesweiten Wahl teil. Der Parteigründer Witalij Klitschko ist indessen kein Unbekannter in der ukrainischen Politik. Er führte bei den Parlamentswahlen 2006 ein Wahlbündnis der Parteien PORA und PRP an. PORA war aus einer Jugendbewegung entstanden, die während der Orangen Revolution 2004/2005 eine entscheidende Rolle gespielt hatte. Die Partei für Reformen und Ordnung (PRP), die lange Zeit von dem ehemaligen Vize-Premierminister Wiktor Pynsenyk angeführt wurde, ist bereits als Veteran der ukrainischen Politik zu bezeichnen, konnte jedoch zu keiner Zeit bedeutsame Anteile der Wählerstimmen auf sich vereinigen. Nachdem PORA-PRP in den Wahlen von 2006 an der Drei-Prozent-Hürde scheiterte, konzentrierte sich Klitschko für einige Jahre auf Lokalpolitik in der Hauptstadt Kiew. Bei den Bürgermeisterwahlen 2006 wurde er Zweiter, im Jahr 2008 lag er auf dem dritten Platz. Von ihm geführte politische Kräfte zogen außerdem in beiden Jahren mit 14 bzw. 15 von 120 Sitzen in das Kiewer Stadtparlament ein.

Charakterisierung einer Partei

Im Jahr 2010 übernahm Klitschko den Vorsitz der Partei »Neues Land« (Nova Kraina) und benannte sie in UDAR um. Die meisten ukrainischen Parteien werden in erster Linie mit ihrem Vorsitzenden assoziiert. UDAR ist dabei keine Ausnahme. Man gibt sich wenig Mühe zu verbergen, dass die Partei ein persönliches Instrument ihres Chefs ist: ihr voller Name ist »UDAR Witalij Klitschkos«. Das Akronym UDAR steht dabei für *Ukrainische Demokratische Allianz für Reformen* (Ukrainskyj Demokratitschnyj Aljans sa Reformy). Vor allem aber bedeutet »udar« im Ukrainischen »Schlag« – eine offensichtliche Anspielung auf Klitschkos Boxkarriere.

Ukrainische Parteien haben nur selten klare programmatische Positionen, die sie deutlich von anderen Parteien abgrenzen: mit wenigen Ausnahmen – etwa die Kommunistische Partei oder »Swoboda« (s. den Beitrag

von Andreas Umland in dieser Ausgabe) – sind sie allein durch ihr Programm schwer voneinander zu unterscheiden. Die meisten großen Parteien betonen ihr Engagement für die Europäische Integration und orientieren sich im politischen Spektrum mittig bis mittig-rechts. UDAR führt – wie die meisten großen Parteien in der Ukraine – als Leitprinzipien Demokratie, soziale Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und bürgerliche Rechte und Freiheiten an. Auf europäischer Ebene hat sich die Partei für eine Zusammenarbeit mit der konservativen Europäischen Volkspartei (EVP) entschieden und wird dort wahrscheinlich bald Beobachterstatus erlangen.

Da Witalij Klitschko hauptsächlich Russisch spricht, ist UDAR für nationalistische Wählerschichten nicht attraktiv. Auch spricht die Partei nicht das sozialistisch oder sowjetnostalgisch gesinnte Elektorat an. Ideologisch ist UDAR faktisch nicht unterscheidbar von anderen führenden Oppositionskräften wie Julija Tymoschenkos »Vaterland« (Batkiwschtschyna) und der »Front für Wandel« (Front Smin) von Arsenyj Jazenjuk. UDARs Parteiprogramm setzt sich sogar nur wenig von dem der regierenden Partei der Regionen ab. Was im aktuellen hochaufgeladenen politischen Klima der Ukraine Parteien wirklich voneinander unterscheidet, ist ihre Positionierung für oder gegen das Regime. UDAR gehört zum letzteren Lager.

Politische Parteien sind in mancher Hinsicht vergleichbar mit Wirtschaftsunternehmen, in der Ukraine möglicherweise noch stärker als anderswo. Ist eine Partei finanziell gut ausgestattet und wird ihre Marke aktiv beworben (wenn ihr Marktwert also hoch ist), zieht sie Individuen an, die nach einem Parlamentsitz auf regionaler oder nationaler Ebene streben. Ist eine Partei, andererseits, unterfinanziert oder gelingt es ihr nicht, den zum Einzug ins Parlament nötigen Stimmenanteil zu erreichen, wechseln viele ihrer Repräsentanten zu erfolgreicheren politischen Kräften. Als es sich einige Zeit vor der Parlamentswahl 2012 herauszukristallisieren begann, dass UDAR gute Chancen hatte ins Parlament einzuziehen, warb die Partei eine

große Zahl Politiker aus den unterschiedlichsten politischen Lagern an.

Auf der Parteiliste der Wahlen 2012 standen mit Natalia Novak (Listenplatz elf) und Roman Tschernega (Platz 23) einige alte Mitstreiter Klitschkos, die zuvor zur PRP gehört hatten. Mit Maria Jonova (Platz 16) und Jaroslaw Ginka (Platz 20) gab es auch ehemalige PORA-Mitglieder aus der Zeit der Wahl 2006. Die meisten mit einem vorderen Listenplatz sind hingegen erst kürzlich dazu gestoßen. Der ehemalige Geheimdienstchef der Ukraine, Walentyn Naliwajtschenko (2006–2010), der bei der Parlamentswahl auf Listenplatz drei stand, führte zwischen 2010 und 2012 den politischen Rat der Partei »Unsere Ukraine« des ehemaligen Präsidenten Wiktor Juschtschenko an, bei der auch Irina Heraschenko (Listenplatz sechs) ein prominentes Mitglied war. Nummer sieben der Liste, Wiktor Pynsenjuk, war Finanzminister im Kabinett Julija Tymoschenkos und Vize-Premierminister unter dem ehemaligen Präsidenten Leonid Kutschma. Ebenso saß Pawlo Rosenko (Platz zehn) als stellvertretender Minister für Arbeit und Sozialpolitik in Tymoschenkos Regierung. Eduard Hurviz, siebzehnter auf der Liste, war erst im Jahr 2010 für Jazenjuks »Front für Wandel« bei den Bürgermeisterwahlen in Odessa angetreten. Bemerkenswert ist, dass einige Personen auf der Parteiliste zuvor zu politischen Kräften gehörten, die mit dem amtierenden Präsidenten Janukowytsch in Zusammenhang standen. Mykola Palarmartschuk (Platz 14) beispielsweise ist ein Dreisternegeneral der Polizei und war Mitglied der »Volkspartei« (Narodna Partija), die bis zur Parlamentswahl 2012 eine Regierungskoalition mit der Kommunistischen Partei und der Partei der Regionen bildete. Die Nummer 16 der Liste, Serhyj Kunizin, war in seiner frühen politischen Karriere ein bekannter Repräsentant des pro-Kutschma-Bündnisses »Für eine Vereinte Ukraine« (Za Edynu Ukrainu). Insgesamt versammelt die UDAR-Parteiliste der Wahlen 2012 eine vielfältige Gruppe ehemaliger Staatsbeamter und Repräsentanten fast aller politischer Kräfte – mit Ausnahme der Kommunisten und der nationalistischen Partei Swoboda.

Parteifinanzen

Ukrainische Parteien erhalten keine staatlichen Mittel, und allein von Mitgliedsbeiträgen können teure Wahlkämpfe nicht finanziert werden. Das Gesetz zu politischen Parteien ermöglicht jedoch unbegrenzte Unterstützung durch Spenden von Privatpersonen und Unternehmen. Entsprechend hängen die großen Parteien von der finanziellen Unterstützung durch wohlhabende Einzelspender und Unternehmen ab. Aufgrund der immensen Kosten für Wahlkampagnen sind Parteien, die nicht auf solche Finanzierungsmöglichkeiten

zählen können, effektiv vom politischen Wettbewerb ausgeschlossen. Anstatt den Kontakt zum Elektorat herzustellen, suchen Parteien daher oft Unterstützung von reichen Unternehmern. Auch wenn die UDAR-Partei nicht den finanziellen Rückhalt mehrerer Milliardenäer genießt wie die Partei der Regionen, kann auch sie auf einige sehr wohlhabende Unternehmer in ihren Reihen zählen. Klitschko selbst hat einen Teil seines durch Boxen und unternehmerische Aktivität verdienten Kapitals in UDAR investiert und ist mit Abstand der größte Sponsor seiner Partei. Andere erfolgreiche Geschäftsleute, die auf den vorderen Plätzen der Parteiliste stehen, sind Natalja Agafonowa (Listenplatz acht), Artur Palatnyj (Platz neun), Witalij Tschuhunnikow (Platz 18), Walerij Pazkan (Platz 19) und Walerij Ischtschenko (Platz 32).

Die regionalen Gruppen ukrainischer Parteien sind oft selbst für ihre Finanzierung verantwortlich. Folglich sind die Chefs dieser regionalen Ableger häufig »lokale Oligarchen« mit persönlichem ökonomischem Interesse in der Region. Ein namhaftes Beispiel dafür ist Serhyj Awertschenko, 29ster auf der Parteiliste und Leiter der lokalen Parteiorganisation in Tschernihiwzi. Ein Blick auf die ausgewiesenen Jahreseinkommen von UDAR-Abgeordneten im Parlament, der Werchowna Rada, bestätigt den Eindruck, dass Parlamentsabgeordnete weit entfernt davon sind, gewöhnliche Ukrainer zu repräsentieren: Nach Berechnungen der NGO »Opora« verdienten die aktuellen UDAR-Abgeordneten im Jahr 2011 durchschnittlich etwa 250.000 Euro – 70 mal mehr als das Durchschnittseinkommen in der Ukraine. Das ist etwa die Hälfte des durchschnittlichen Verdienstes der Abgeordneten der Partei der Regionen und mehr als das Fünffache des Durchschnittseinkommens der Abgeordneten der Kommunistischen Partei. Witalij Klitschko ist das mit Abstand reichste Mitglied seiner Partei: In seiner öffentlichen Steuererklärung gab er für die Jahre 2011 und 2012 jeweils ein Jahreseinkommen von 3,8 Millionen Euro an.

Die Wahlen 2012

UDAR war die größte Überraschung unter den Erstteilnehmern der Parlamentswahlen im Oktober 2012. Als die Ergebnisse der Verhältniswahl bekannt gegeben wurden, lag UDAR überraschend mit 14,0% der Stimmen auf dem dritten Platz, knapp vor der nationalistischen Partei »Freiheit« – mit 13,2% dem anderen großen Gewinner der Wahlen – und der Kommunistischen Partei mit 10,4%. UDAR lag mit diesem Ergebnis hinter der Partei der Regionen (30,0%) und dem oppositionellen Wahlbündnis, das unter dem Namen »Vaterland« (Batkiwtschyna) angetreten war (25,5%) (s. auch Ausgabe 109 der UkraineAnalysen). Im Wahl-

kampf hatte sich UDAR dezidiert als Opposition zum Regime Wiktor Janukowytschs präsentiert. Gleichzeitig hatte die Partei mehrfach Einladungen ausgeschlagen, sich mit anderen Oppositionsgruppen zu einem gemeinsamen Wahlbündnis zu vereinigen. Entgegen den Aufrufen von anderen Parteien schloss sich UDAR nicht dem Bündnis von Tymoschenkos »Vaterland« und Jazenjuks »Front für Wandel« und einer Reihe kleinerer Parteien an. Aus diesem Grund wurde UDAR häufig beschuldigt, nicht nur die Chancen auf eine Niederlage der Partei der Regionen zu schmälern, sondern mit der Regierung gemeinsame Sache zu machen. UDAR hingegen zog es vor, sich als »dritte Kraft« neben der regierenden Partei und der Opposition aus »Vaterland« und anderen zu positionieren. Obschon sie erkennbar in Opposition zum Regime stand, präsentierte sich die Partei als pragmatischer und weniger ideologisch belastet als die anderen Oppositionsparteien.

Ein Effekt des unabhängigen Standpunkts UDARs war, dass die Opposition während der Kampagnen zur Parlamentswahl viel Energie für gegenseitige Anschuldigungen aufwendete und Debatten darüber führte, wie die Einerwahlkreise, aus denen die Hälfte der Mandate gewählt wurden, aufgeteilt werden sollten. Am Ende konnten sich UDAR und die vereinigte Opposition unter der »Vaterland«-Flagge nur in wenigen Einerwahlkreisen auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen, was die Opposition eine beträchtliche Zahl an Mandaten kostete. UDAR konnte die besten Ergebnisse im Zentrum des Landes verzeichnen, insbesondere in und um die Hauptstadt Kiew und im Südwesten an der Grenze zu Rumänien und Ungarn. In Klitschkos Heimatstadt Kiew erzielte sie mit 25,5% ihr bestes Ergebnis und wurde zweitstärkste Kraft hinter »Vaterland«. Wahlergebnisse in der Ukraine variieren stark zwischen den Makroregionen: Typischerweise erhält der Kandidat oder die Partei, die im Westen des Landes siegt, im Osten und Süden des Landes weniger als zehn Prozent der Stimmen, und umgekehrt. Das Zentrum ist weniger entschlossen und kann neuen politischen Kräften den Durchbruch ermöglichen. In der Wahl von 2012 konnte UDAR hier Fuß fassen. Im Westen, wo die Wählerschaft zwischen »Vaterland« und der nationalistischen Partei »Freiheit« aufgeteilt war, schnitt die Partei vergleichsweise schlechter ab. Im den östlichen und südlichen Regionen konnte UDAR keine bedeutenden Wählerschichten anziehen (4,7% in Donetsk, 4,7% in Luhansk und 7,2% auf der Krim). Die Fraktion im Parlament besteht im Augenblick aus 42 Abgeordneten: 34 von der landesweiten Parteiliste, sechs aus Einerwahlkreisen direkt gewählte und zwei unabhängige, so genannte selbst-aufgestellte Abgeordnete, die sich nach der Wahl der Fraktion anschlossen.

Ausblick

Entgegen den Befürchtungen einiger kritischer Beobachter, dass UDAR mit der Partei der Regionen zusammenarbeiten würde, sobald die Wahlen vorbei seien, hat sich die Partei in den Monaten nach der Wahl als standhafte Oppositionskraft erwiesen. Die politische Situation hat sich seit der Parlamentswahl noch verschärft; mehrfach versperrte die Opposition physisch die Zugänge zu Podium und Präsidium des Parlaments und blockierte so die Parlamentsarbeit. UDAR hat bei Aktionen des Widerstands gegen die Regierung und ihre Partei der Regionen eine führende Rolle eingenommen. Insbesondere hat die Partei Kampagnen gegen die unzulässige Praxis von Abgeordneten v. a. der Partei der Regionen initiiert, die häufig für ihre abwesenden Kollegen mitabstimmten – eine direkte Verletzung der ukrainischen Verfassung.

In der kurzen Zeit seit den Wahlen hat sich UDAR als eine stabile politische Kraft etabliert und konnte ihr Profil sogar schärfen. In den kommenden Jahren könnte die Partei den Kurs der dritten Kraft zwischen den Parteien Julija Tymoschenkos und Wiktor Janukowytschs fortsetzen. Um einen signifikanten Zuwachs zu erreichen, muss sie auch Wählerschichten im Osten und Süden, in geringerem Ausmaß auch im Westen erreichen. Langfristig hängt das Schicksal der Partei jedoch vollständig von ihrem Anführer ab. Das Regime könnte Witalij Klitschko kooptieren, wie es bereits andere ehemalige Oppositionspolitiker kooptiert hat, oder ihn strafrechtlich verfolgen lassen, sollte er zu einer größeren Gefahr werden. Wenngleich Klitschko in den vergangenen Jahren an politischem Gewicht und an Erfahrung gewonnen hat, ist es ihm noch nicht gelungen, sich als besonders cleverer Politiker und großer Redner zu präsentieren. Witalij Klitschkos politische Ambitionen übersteigen gleichwohl seinen gegenwärtigen Status als Anführer einer mittleren Oppositionspartei und deren Parlamentsfraktion. Es steht nicht in Zweifel, dass er sich in näherer Zukunft um eine größere Herausforderung bemühen wird. Die Oppositionsparteien legten Klitschko bereits nahe, ein drittes Mal für das Amt des Kiewer Bürgermeisters zu kandidieren und sagten ihre Unterstützung zu. Da er diesmal keine ernsthaften Gegner aus dem Oppositionslager zu befürchten hat, ist diese einflussreiche Position des Bürgermeisters der Hauptstadt durchaus in Reichweite. Bis heute hat er die Nominierung jedoch weder bestätigt noch abgelehnt. Nach Einschätzung vieler Experten deutet sein Zögern darauf hin, dass Klitschko erwägt, bei den kommenden Präsidentschaftswahlen im Jahr 2015 anzutreten.

*Übersetzt aus dem Englischen von Jan Matti Dollbaum
Information über die Autoren und Lesetipps auf der
nächsten Seite*

Über die Autoren

Max Bader ist Assistenzprofessor für Russische und Eurasische Studien an der Universität Leiden.

Andrey Meleshevich ist Professor und Dekan der Fakultät für Rechtswissenschaften an der Mohyla-Akademie in Kiew.

Lesetipps

- Bader, Max, und Meleshevich, Andrey. *Die politischen Parteien der Ukraine vor den Parlamentswahlen*. Ukraine-Analysen Nr. 102
- Meleshevich, Andrey. 2010 »Uncertain Partners of Democracy: Political Parties in Ukraine,« in Kay Lawson et al (eds.), *Political Parties and Democracy: Post-Soviet and Asian Political Parties*, Westport (USA): Greenwood/Præger, pp. 85–111.
- Ukrainian Center for Economic and Political Studies. 2010. Ukraine's party system: establishment, functioning, development. *National Security and Defence* No. 5 (116), 2010. Available from: <http://www.razumkov.org.ua/eng/journal.php?y=2010&cat=156>

ANALYSE

Eine typische Spielart von europäischem Rechtsradikalismus?

Drei Besonderheiten der ukrainischen Freiheitspartei aus vergleichender Perspektive

Von Andreas Umland, Kiew

Zusammenfassung

Der Aufstieg der Allukrainischen Union »Swoboda« (Freiheit) ist für sich genommen wenig bemerkenswert. Es gab und gibt in Europa etliche ähnliche Parteien mit vergleichbaren Wahlerfolgen. Auch die Rolle »Swobodas« bei der Schaffung einer »unzivilen Gesellschaft« in Galizien ist nichts ungewöhnliches. Jedoch weist die politische Position und das landesweite Elektorat der Freiheitspartei einige Besonderheiten auf, die die Partei von anderen Rechtsextremismen unterscheiden: (1) der Bezug auf eine reale äußere Gefahr für die Ukraine (Russland), (2) der Widerspruch zwischen der hohen geographischen Konzentration der ideologischen Kernwählerschaft von »Swoboda« in der Westukraine und ihrem gesamtukrainischen Anspruch, (3) die fehlende Abgrenzung der ukrainischen Demokraten von »Swoboda«. Nach einem knappen halben Jahr im Parlament ist noch unklar, ob die Partei weiterhin dem Ultrationalismus huldigen wird oder sich in eine nationaldemokratische Kraft verwandelt.

Swobodas Wahlerfolg im europäischen Kontext

Das mit ca. 10,4 % unerwartet gute Abschneiden der sog. Allukrainischen Union »Swoboda« (Freiheit) von Oleh Tjahnybok bei den Parlamentswahlen nach Verhältniswahlrecht am 28.10.2012 mag aus deutscher Sicht alarmierend erscheinen. Wenn man dieses Ergebnis jedoch im gesamteuropäischen Kontext betrachtet, ist es auch in dieser beachtlichen Höhe wenig ungewöhnlich. Zum einen erhielt »Swoboda« aufgrund des Grabenwahlsystems mit 38 Abgeordneten weniger als 10 % der 450 Sitze.

Zum anderen haben nicht nur rechtspopulistische Parteien wie die FPÖ und BZÖ in Österreich oder die SVP in der Schweiz erhebliche Wahlerfolge in den letzten Jahrzehnten zu verzeichnen. Auch einige klar ultranationalistische Parteien mit radikalen Ideologien und

dubiosen Hintergründen, die denen »Swobodas« ähneln, haben bei Wahlen sowohl in West- als auch Osteuropa teils ähnlich gut bzw. besser (teils weit besser) als »Swoboda« abgeschnitten. Man erinnere sich z. B. an die

- 22,9 % für Wladimir Schirinowskijs sog. Liberal-Demokratische Partei Russlands bei den Staatsdumawahlen 1993,
- 27,3 % bzw. 49,1 % für Wojislaw Scheschelj von der Serbischen Radikalen Partei in der ersten bzw. zweiten Runde der ersten serbischen Präsidentschaftswahlen 1997,
- 16,9 % bzw. 17,8 % für Jean-Marie Le Pen vom Front National in der ersten bzw. zweiten Runde der französischen Präsidentschaftswahlen 2002 und
- 16,7 % für die Bewegung für ein besseres Ungarn (Jobbik) bei den ungarischen Parlamentswahlen 2010.

Zudem war auch bei früheren spektakulären Wahlerfolgen von Rechtsextremisten gelegentlich ein Überraschungsmoment enthalten, da auch in diesen Fällen die Umfrageergebnisse vor den Wahlen teils weit unter dem anschließenden Wahlergebnis lagen. Ähnlich der Differenz zwischen den Umfrageergebnissen und dem Wahlerfolg z. B. von Schirinowskijs LDPR 1993 lag die Wahlprognose etlicher Meinungsforschungsinstitute für Tjahnyboks Freiheitspartei vor den Parlamentswahlen 2012 nur bei ca. der Hälfte der Zustimmung, die die Partei von den Wählern beim Urngengang tatsächlich erhielt.

Nur scheinbare Ungewöhnlichkeiten von »Swoboda« Aufstieg

Auch andere Spezifika der Freiheitspartei im ukrainischen Parteiensystem sowie im Kontext der internationalen Landschaft ultranationalistischer Bewegungen sind zwar bemerkenswert, aber nicht einmalig. So erinnert etwa die hohe geographische Disbalance der Wählerschaft der ukrainischen rechtsradikalen Partei, insbesondere ihre tiefe Verwurzelung in Galizien, an die fast ausschließliche Verankerung des belgischen Vlaams Belang (Flämisches Interesse) in Flandern. In gewisser Hinsicht ist »Swoboda« das Spiegelbild der Kommunistischen Partei der Ukraine: So wie die Kommunisten den übergroßen Teil ihrer Wählerschaft im Süden und Osten des Landes haben, so erhalten die Nationalisten den Großteil ihrer Unterstützung im Zentrum und Westen der Ukraine.

Die von der US-amerikanischen Soziologin Alina Polyakova (University of California at Berkeley) durch eine Feldstudie kürzlich aufgezeigte Verbindung zwischen dem zunehmend rechtsextrem unterwandernden galizischen Dritten Sektor und dem Wahlerfolg der Freiheitspartei in Galizien ist zwar hochinteressant und gesonderter Forschung würdig. Auch diese Korrelation ist aber letztlich nichts Ungewöhnliches in der Geschichte des modernen europäischen Ultranationalismus. Polyakova unternimmt unter Anwendung von Mills Methode der Differenz bzw. des Most Similar Systems Designs einen kontrastierenden Vergleich der benachbarten Regionen Galizien und Wolyrien (einschließlich des Bezirks Riwna), in welchen die Freiheitspartei bei den Regional- und Kommunalwahlen 2009–2010 unterschiedlich erfolgreich war. Sie zeigt, wie das Anwachsen einer von der Freiheitspartei gezielt geförderten, weitgehend informell funktionierenden nationalistischen Zivilgesellschaft insbesondere innerhalb der Jugendszene der Regionen Lwiw, Ternopil und Iwano-Frankiwsk wichtige Voraussetzung für die – auch im Vergleich zum Rest der Westukraine – ungewöhnlich hohen Wahlergebnisse von »Swoboda«

in Galizien 2009 und 2010 war. Polyakovas Befund wirft zwar neues Licht auf den Aufstieg von Tjahnyboks Freiheitspartei in der eigentlich »europäischsten« Region der Ukraine. Die Ausnutzung zivilgesellschaftlicher Strukturen durch Rechtsextremisten und deren Auswirkung auf den Wahlerfolg ultranationalistischer Parteien ist jedoch nichts Neues. Die Verquickung von Rechtsextremismus und Zivilgesellschaft ist z. B. ein wesentliches Merkmal der postsowjetischen russischen politischen Landschaft.

Bereits der Fall der Weimarer Republik 1933 war ein Beispiel hierfür. Der Machtergreifung Hitlers ging eine tiefgehende Infizierung der deutschen Vereinslandschaft der Zwischenkriegszeit mit ultranationalistischen Ideologemen sowie eine partielle Infiltration nichtpolitischer Organisationen mit NSDAP-Aktivisten voraus. Zwar ist »Swoboda« – trotz des Interesses einiger ihrer Funktionäre für den europäischen Zwischenkriegsfaschismus – weder als eine nazistische noch als eine neonazistische Partei zu klassifizieren und daher nur bedingt mit der deutschen klassischen faschistischen Bewegung vergleichbar. Das deutsche Beispiel aus der Zwischenkriegszeit illustriert jedoch, wie alt bereits die paradoxe Erscheinung ist, dass Parteien mit xenophoben Ideologien es vermögen – normalerweise als in ihrer gesellschaftlichen Funktion prodemokratisch verstandene – zivilgesellschaftliche Strukturen für eigene Zwecke zu instrumentalisieren.

Neben solchen vergleichsweise wenig ungewöhnlichen und nur scheinbaren spezifischen Charakteristika der Freiheitspartei gibt es einige Besonderheiten, die den ukrainischen Rechtsradikalismus von ähnlichen Erscheinungen andernorts abheben:

Besonderheit Nr. 1: Die reale äußere Bedrohung der Ukraine

Der vielleicht wichtigste Unterschied im gesamtpolitischen Kontext des Aufstiegs der Freiheitspartei ist das geostrategische Umfeld des ukrainischen Staates. Die pathologische Entfremdungsangst und kruden Verschwörungstheorien der meisten rechtsextremen Parteien in Vergangenheit und Gegenwart können als psychologische Überreaktionen, wenn nicht politischer Verfolgungswahn abgetan werden. Selbst die verbreitete Angst vor dem Kommunismus im Mittel- und Westeuropa der Zwischenkriegszeit war – wenn auch auf eine reale Gefahr, Stalins UdSSR, fixiert – oft ein Artefakt ultrakonservativer und faschistischer Panikmache zur Legitimation rechtsautoritärer Macht. Die Souveränität und Identität der ukrainischen Nation hingegen war in der Vergangenheit und ist heute tatsächlich mit einer relevanten und konkreten äußeren Gefahr, nämlich Putins Russland, konfrontiert. Dieses Risiko wird nicht nur

von ukrainischen Nationalisten als akut empfunden, sondern auch von vielen ukrainischen und internationalen nichtextremistischen Beobachtern – am prominentesten vielleicht von Zbigniew Brzezinski – als ein reales Sicherheitsproblem der Ukraine erkannt.

Führende russische Politiker und Intellektuelle haben im Laufe der letzten zwanzig Jahre implizit und explizit wiederholt deutlich gemacht, dass sie die gegenwärtige Staatsgrenze zwischen der Ukraine und Russischen Föderation als nicht vollwertig bzw. nicht endgültig ansehen sowie die Unabhängigkeit der Ukraine und Eigenständigkeit ihrer Kultur bezweifeln. In seinem 2006 erschienen Buch »Feind des Volkes« bezeichnet z. B. Dmitri Rogosin, seit Ende 2011 Stellvertretender Premierminister der Russischen Föderation, u. a. die Krim und »Kleinnordland« (d. h. einen Großteil der Ukraine) als »Stammterritorium der russischen Nation [rodowaja territorija russkoj nazii]«. Ähnliche Aussagen anderer führender russischer Repräsentanten ließen sich finden. Derartige Stellungnahmen mögen für sich genommen als wenig gefährlich erscheinen, erinnern an ähnliche Tagträume etwa ungarischer Irrendenisten und werden hoffentlich ohne praktische Konsequenzen bleiben. Aussagen, wie diejenige Rogosins, können vor dem Hintergrund des relativistischen Ansatzes russischer Außenpolitik bezüglich der staatlichen Souveränität einiger ehemaliger Sowjetrepubliken, allen voran Georgiens und Moldowas, jedoch auch als wirkliche Bedrohungen der staatlichen Unabhängigkeit der Ukraine aufgefasst werden.

Die manifeste Russophobie von Tjahnyboks Freiheitspartei erscheint vor diesem Hintergrund als weniger pathologisch als die im klassischen europäischen Rechtsextremismus dominante Furcht vor einer freimaurerisch-jüdischen Weltverschwörung. Zwar finden sich antisemitische Denkfiguren ebenfalls im historischen und heutigen ukrainischen Ultranationalismus. Sie waren und sind jedoch der Feindschaft bezüglich der früheren sowjetischen bzw. heutigen russischen Führung oft nachgestellt. Die Animosität gegenüber dem Kreml und dessen Ukrainepolitik bildet ein wesentliches Verbindungsglied zwischen dem radikalen ukrainischen Nationalismus einerseits und verschiedenen nationalliberal bzw. nationaldemokratisch orientierten Strömungen in der Politik und Intelligenzija der Ukraine andererseits – eine Allianz, auf die unten noch eingegangen wird.

Besonderheit 2: Die geographische Konzentration der Stammwählerschaft

Eine weitere Besonderheit des ukrainischen radikalen Nationalismus ist die hohe Konzentration der ideologisch motivierten Stammwählerschaft von »Swoboda« in der Westukraine, insbesondere in Galizien. Der ausgeprägte Regionalcharakter der Freiheitspartei ist bei den

letzten Parlamentswahlen durch die hohe Zahl von Protest-, taktischen bzw. strategischen »Swoboda«-Wählern verwischt worden. Soziologische Umfragen sowie eine Gesamtschau der Wählerunterstützung für »Swoboda« sowie ideologisch ähnlich ausgerichteter Parteien, wie z. B. der Ukrainischen Nationalversammlung (UNA), der letzten zwanzig Jahre zeigen jedoch, dass Gruppierungen dieser Art nur in der Westukraine bzw. schwerpunktmässig in Galizien eine stabile und breite Wählerschaft haben.

Der offensichtliche Grund hierfür ist weniger eine etwaige besondere Affinität der Galizier zu Xenophobie, als die hohe Bedeutung der Geschichte der Organisation Ukrainischer Nationalisten und insbesondere von deren Bandera-Fraktion (OUN-B) für die ethnische Selbstidentifikation der Galizier. Dabei wird die OUN-B weniger als eine faschistische Partei, denn als der Höhepunkt der nationalen Befreiungsbewegung bzw. als ein Orden der tapfersten Helden der ukrainischen Nationalgeschichte verstanden. Verstärkt wird die Hochachtung für Bandera und Co. in Galizien durch das meist tragische Schicksal der Nationalistenführer sowie ihrer Familienmitglieder, die zu einem großen Teil Opfer sowjetischer Verfolgung wurden sowie in einigen Fällen unter die Räder nazistischer Vernichtungspolitik gerieten.

»Swoboda« und ähnliche Parteien in der postsowjetischen Ukraine präsentieren sich mehr oder minder ausdrücklich als Nachfolgeorganisationen der OUN-B und konkurrieren untereinander um die Legitimität ihres Anspruches auf das historische Erbe der antisowjetischen Befreiungsbewegung. Die Kult um Stepan Bandera sowie einige andere OUN-Führer in Galizien – und weniger rechtsextreme Prädispositionen als solche – dürften ein Katalysator für die tiefe zivilgesellschaftliche Infiltration und ein Grund für die besonders eindrucksvollen Wahlerfolge der radikalen Nationalisten in den Bezirken Lwiw, Ternopil und Iwano-Frankiwsk sein.

Wie angedeutet, ist für sich genommen eine tiefe regionale Verwurzelung einer rechtsradikalen bzw. rechtspolitischen Partei nichts Ungewöhnliches. Damit ähnelt »Swoboda« in Europa etwa dem erwähnten Vlaams Belang in Belgien oder der Lega Nord in Italien. Der markante Unterschied ist jedoch, dass die genannten westeuropäischen rechtsgerichteten Bewegungen ausdrücklich separatistisch orientiert sind, während sich »Swoboda« als allgemein nationalistische ukrainische Bewegung versteht sowie als »Allukrainische Union« bezeichnet. Der Vlaams Belang sowie die Lega Nord fordern die Abspaltung Flanderns bzw. Padaniens vom belgischen bzw. italienischen Staat. »Swoboda« dagegen propagiert die Stärkung des ukrainischen Unitarstaates. De facto spaltet jedoch die Geschichtsmythologie der

ukrainischen Freiheitspartei um die OUN die Ukraine, da der fanatische Banderakult der Nationalisten beim Großteil der Bevölkerung der russophonen Süd- und Ostukraine auf strikte Ablehnung stößt. Eine solche Geschichtspolitik wäre konsistent, würde auch »Swoboda« eine separatistische Partei darten, die etwa die Abspaltung Galiziens fordern würde, wie dies gelegentlich einige galizische Autonomisten tun. Die Freiheitspartei erhebt jedoch – ganz im Gegenteil – öffentlich den Anspruch, dem Prinzip der »sobornist«, also der Einheit bzw. Einigung der heutigen Ukraine, verpflichtet zu sein.

Es ist zu befürchten, dass der Einzug von »Swoboda« als selbstdeklarierte Nachfolgepartei der OUN-B ins ukrainische Parlament zur Vertiefung der ohnehin besorgniserregenden Spaltung des Landes beitragen wird. Paradoxe Weise dürfte der Aufstieg der Freiheitspartei von etlichen neoimperial orientierten russischen Nationalisten mit Interesse verfolgt werden. »Swoboda« zunehmende politische Präsenz unterstützt indirekt die Divide-et-impera-Politik Moskaus bezüglich der Ukraine. Sie erleichtert die bereits seit Jahren praktizierte Diffamierung der Westukraine sowie der national orientierten Kiewer Intelligenz und weltweiten ukrainischen Diaspora. In der ukrainischen Emigrantengemeinde gewann »Swoboda« mit einem Ergebnis von ca. 23 % die Parlamentswahlen. In den kremlkontrollierten russischen bzw. prorussischen ukrainischen Medien werden der Großteil der national orientierten Ukrainer sowie das ukrainische Andenken an den Befreiungskampf der UPA pauschal als »faschistisch« abgestempelt. »Swoboda« Aufstieg könnte in einem Worst-Case-Szenario zu weiterer Entfremdung zwischen den verschiedenen Bevölkerungsteilen der noch gering konsolidierten ukrainischen politischen Nation führen.

Besonderheit 3: Der fehlende Cordon Sanitaire

Eine weitere Facette des Aufstiegs der »Swoboda«-Partei im vergangenen Jahr war, dass die wichtigste demokratische Partei »Batkiwtschyna« (Vaterland) bereits vor den Parlamentswahlen ein offizielles Wahlbündnis mit »Swoboda« eingegangen war und sich inzwischen eine Oppositionskoalition der ukrainischen demokratischen Parteien, einschließlich Witalij Klitschkos UDAR, mit den radikalen Nationalisten im Parlament, der Werchowna Rada, herausgebildet hat. Damit weicht das Verhalten insbesondere »Batkiwtschynas« von der Politik des Cordon Sanitaire ab, den die meisten europäischen Partnerorganisationen der ukrainischen Demokraten bezüglich »Swoboda«-ähnlichen Parteien in Europa betreiben. Allgemeine Richtlinie demokratischer Parteien in der EU ist, nicht mit Rechtsextremisten zu kooperieren – weder im Wahlkampf noch im

Parlament oder in der Regierung. »Batkiwtschyna« widerspricht mir ihrer aktiven Koalitionspolitik ebenfalls einem Change.org-Aufruf (s. Lesetipps) profilierter ukrainischer Geistes- und Sozialwissenschaftler an das Komitee gegen die Diktatur vom April 2012, nicht mit »Swoboda« zu kooperieren. Dieser Aufruf erschien auf den Webseiten der Wochenzeitung »Kyiv Post« (in Englisch) sowie der Tageszeitung »Den« (in Ukrainisch) und wurde u. a. unterschrieben von solch bekannten ukrainischen Intellektuellen wie Taras Kuzio, Jurij Makarow, Andrij Mokrousov, Wiktorija Siumar, Oxana Pachlowska und Taras Wosnjak.

Freilich wird auch von demokratischen Parteien in EU-Mitgliedsländern die Cordon-Sanitaire-Politik gegenüber Rechtsradikalen nicht immer eingehalten. So konnte z. B. 2006–2007 die Liga der polnischen Familien an einer Koalitionsregierung unter Jarosław Kaczyński und 2006–2010 die Slowakische Nationale Partei an einer Koalitionsregierung unter Robert Fico teilnehmen. Diese Kooperationen wurden allerdings sowohl in Polen und der Slowakei als auch im europäischen Ausland harsch kritisiert; sie und einige ähnliche Erscheinungen bilden alles in allem Ausnahmen. Die Regel in der EU war und ist Ausgrenzung von Rechtsradikalen sowohl im Gesetzgebungs- als auch Regierungsprozess.

In der Ukraine, so muss freilich angewendet werden, befinden sich die Demokraten inmitten eines rasanten gesellschaftlichen Transformationsprozesses. Sie haben eine diffizile Konfrontation mit der autoritär-restaurativen Partei der Regionen auszufechten und handeln im Kontext eines hybriden politischen Systems. Womöglich rechtfertigt diese besondere politische und institutionelle Konstellation andere Verhaltensmuster von Demokraten als in relativ stabilen EU-Mitgliedsländern.

Nicht nur muss sich jedoch die Sinnhaftigkeit und Effektivität der Strategie der ukrainischen Demokraten erst noch zeigen. »Batkiwtschyna« könnte sich – das werden soziologische Untersuchungen hoffentlich klären – mit ihrer Strategie ins eigene Fleisch schneiden. Die Vaterlandspartei hat erheblich dazu beigetragen, »Swoboda« salonfähig zu machen. Sie hat womöglich dadurch bereits 2012 eigene Wähler an die radikalen Nationalisten verloren und könnte sich mit der Förderung »Swobodas« ihr eigenes Grab schaufeln. Wie auch immer: Festzuhalten bleibt, dass die bislang stabile Allianz »Swobodas« mit »Batkiwtschyna« als der wichtigsten demokratischen Partei der Ukraine eine Besonderheit im Umgang von Mitte-Rechts-Parteien mit einer rechtsradikalen Partei in Europa darstellt.

Ausblick

Die Bedeutung dieser Betrachtungen wird erst im Laufe der Parlamentstätigkeit von »Swoboda« klar werden.

Bislang ist das Bild uneindeutig: Einerseits unterstützt »Swoboda« entschieden den Pro-EU-Kurs der Demokraten, setzt sich für die Einhaltung der Parlamentsprozeduren ein und bildet einen disziplinierten Teil der Drei-Parteien-Oppositionskoalition mit »Batkivschtschyna« und UDAR. Mit Ruslan Koschulinski hat sie einen betont gemäßigten Repräsentanten der Partei ins Parlamentspräsidium entsandt. Andererseits setzt die Partei ihre ethnozentrische sowie homophobe Skandalmacherei aus ihrer extraparlamentarischen Vorgeschichte fort und hält an ihrer demonstrativen OUN-Heroisierung fest. Sie tritt für ein striktes Abtreibungsverbot sowie gegen die Adoption ukrainischer Kinder durch Ausländer ein. »Swobodas« Sprecher überschwemmen die Medien mit politisch unkorrekten Äußerungen über Homosexuelle, Juden usw. und tragen damit zum internationalen Reputationsverlust der Ukraine bei. Kurioserweise ist »Swoboda« betreffs der Diskriminierung der ukrainischen LGBT-Gemeinde mit solch dubiosen Vertretern der Regionenpartei wie Wadym Kolesnitschenko weitgehend auf einer Wellenlänge.

Sollte die parlamentarische Aktivität der Freiheitspartei in der Zukunft ebenfalls von ultranationalistischen Motiven geprägt sein, dürften etliche Protestwähler ihre Wahlentscheidung am 28.10.2012 bereuen. Jedoch könnte sich die Partei unter dem Druck der wachsenden öffentlichen Aufmerksamkeit auch zu einer nationaldemokratischen Kraft wandeln. Dass solch eine Transformation prinzipiell möglich ist, zeigt die sukzessive Umwandlung der einst von Mussolini gegründeten italienischen faschistischen Partei (PNF-MSI-AN) in eine nationalkonservative politische Kraft. Einzelne ehemalige radikale Nationalisten, wie Andrij Schkil oder Andrij Parubi, haben auf individueller Ebene eine ähnliche Transformation in der Ukraine bereits vorgeführt und sind heute als nationaldemokratisch einzuordnen. Bleibt zu hoffen, dass auch die Führer von »Swoboda« diesen Kurs einschlagen und die Partei zu einer Kraft umwandeln, welche die europäische Integration und politische Nationsbildung der Ukraine fördern und nicht behindern wird.

Über den Autor:

Andreas Umland (1967) Dr. phil., Ph.D., ist DAAD-Fachlektor für Deutschland- und Europastudien an der Kiewer Mohyla-Akademie, Herausgeber der Buchreihe »Soviet and Post-Soviet Politics and Society« und Mitglied des Valdai Discussion Club.

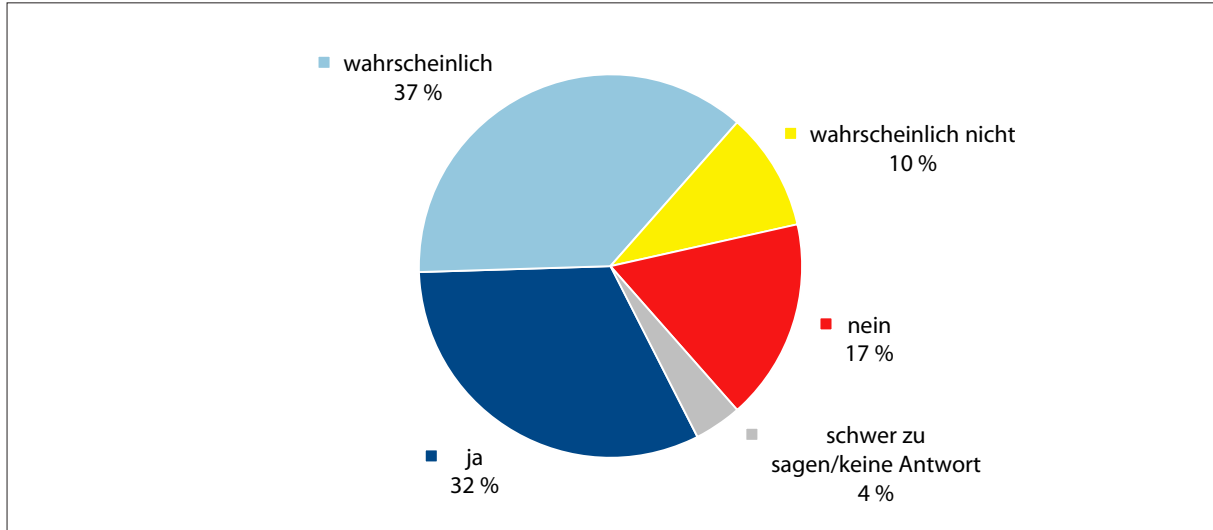
Lesetipps:

- Alina Polyakova: Organizing Nationalism. Social Networks, Civil Society, and Radical Right Parties in Ukraine. Vortrag gehalten auf dem jährlichen Danyliw-Seminar für Ukrainestudien, University of Ottawa, 1.–3.11.2012.
- Per Anders Rudling: The Return of the Ukrainian Far Right. The Case of VO Svoboda, in: Ruth Wodak und John E. Richardson, Hgg.: Analyzing Fascist Discourse. European Fascism in Talk and Text. London, 2012. S. 228–255.
- Anton Shekhovtsov: From Para-Militarism to Radical Right-Wing Populism. The Rise of the Ukrainian Far-Right Party Svoboda, in: Ruth Wodak, Brigitte Mral und Majid KhosraviNik, Hgg.: Right Wing Populism in Europe: Politics and Discourse. London, 2013. S. 249–263.
- Andreas Umland: Nichtideologische Motivationen der Swoboda-Wähler. Hypothesen zum Elektorat der ukrainischen radikalen Nationalisten bei den Parlamentswahlen vom Oktober 2012, in: *Ukraine-Analysen* Nr. 109, 2012. S. 8–9.
- <http://www.change.org/petitions/committee-against-dictatorship-re-consider-the-inclusion-of-svoboda-into-the-cad>

UMFRAGE

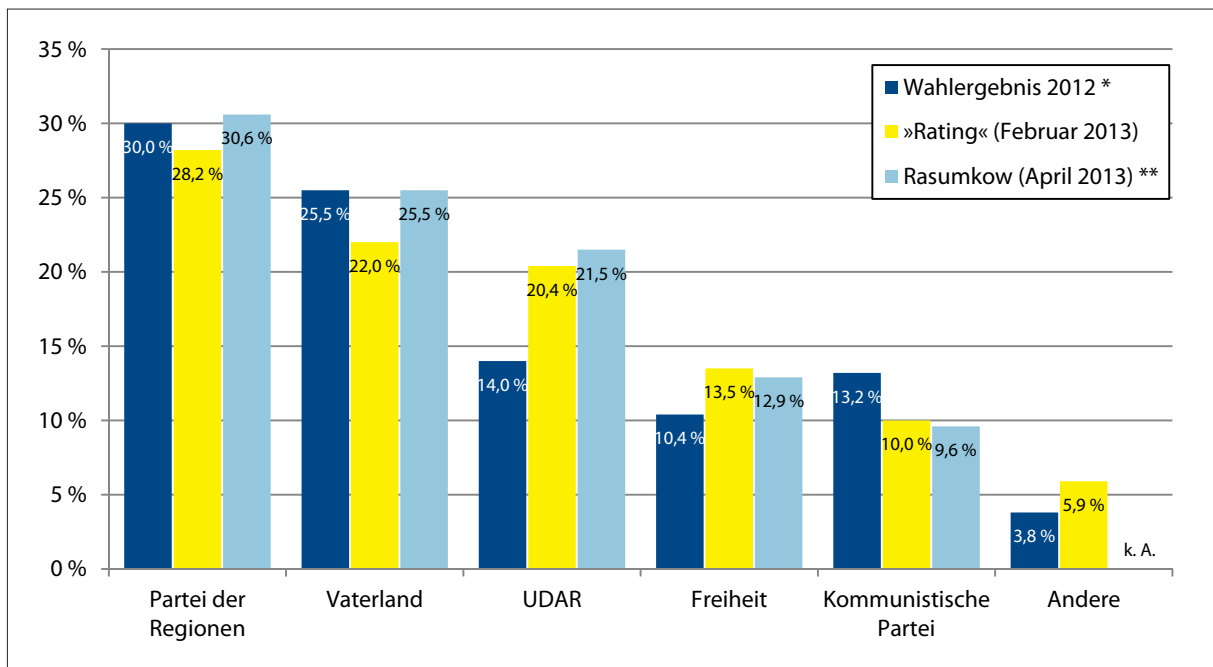
Aktuelle Wahlrends

Grafik 1: Wenn am kommenden Sonntag Parlamentswahlen wären, würden Sie zur Wahl gehen?



Quelle: Repräsentative Umfrage des Jaremenko-Instituts für Sozialforschung vom April 2013, http://www.uisr.org.ua/img/upload/files/uisr/PR_SMC-UISR_2013_04_26.pdf

Grafik 2: Welche Partei würden Sie wählen, wenn demnächst Parlamentswahlen wären?



Anmerkungen: * Ergebnisse der Parlamentswahl vom Oktober 2012, Verhältniswahlteil. ** Berechnet aus den Daten der Befragten, die angaben, an der Wahl teilzunehmen. Werte unter Einbeziehung aller Befragten: Partei der Regionen: 22,1 %, Vaterland: 18,4 %, UDAR: 15,5 %, Freiheit: 9,3 %, Kommunistische Partei: 6,9 %, nehme nicht teil: 14,4 %, schwer zu sagen: 9,6 %.

Quellen: »Rating«: Repräsentative Umfrage der Agentur für soziologische Umfragen »Rating« vom Februar 2013, <http://www.ratinggroup.com.ua/products/politic/data/entry/14048/>; Rasumkow: Repräsentative Umfrage des Rasumkow-Zentrums vom April 2013, http://www.razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=115 und Zentrale Wahlkommission, <http://www.cvk.gov.ua/vnd2012/wp300pt001f01=900.html>

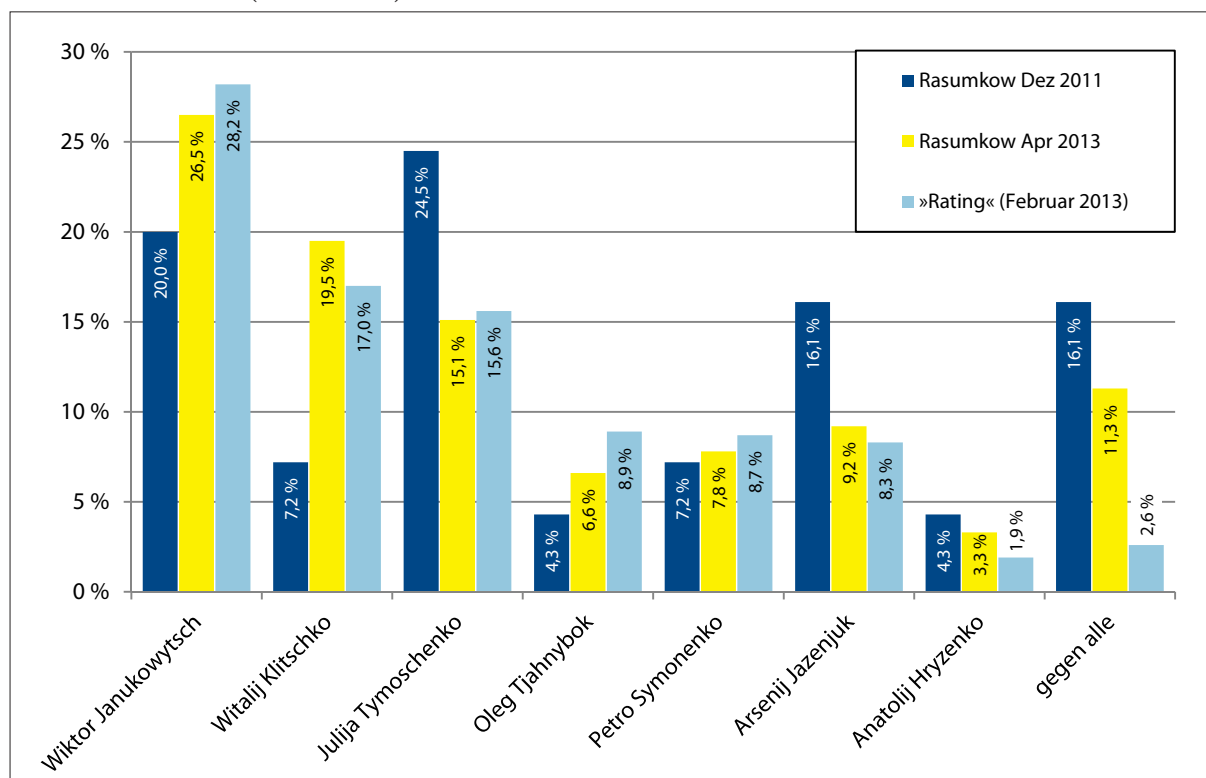
Tabelle 1: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Parlamentswahlen wären? (nach Regionen)

	Partei der Regionen	Vaterland	UDAR	Freiheit	Kommunistische Partei	Ukraine – Vorwärts!	Andere
Westen	8,6 %	32,3 %	26,3 %	28,0 %	1,7 %	0,4 %	2,7 %
Zentrum	26,4 %	34,4 %	12,7 %	11,3 %	7,0 %	2,3 %	5,6 %
Norden	16,2 %	32,3 %	31,2 %	10,8 %	7,5 %	1,6 %	k. A.
Osten	47,2 %	9,1 %	17,0 %	4,0 %	13,4 %	1,5 %	7,6 %
Süden	54,6 %	7,7 %	17,1 %	3,5 %	11,9 %	0,0 %	5,0 %
AR Krim	45,1 %	1,4 %	6,9 %	0,0 %	23,1 %	0,0 %	23,1 %
Kiew	14,9 %	17,2 %	42,5 %	18,3 %	5,8 %	1,2 %	k. A.

Anmerkung: Berechnet aus den Daten der Befragten, die angaben, an der Wahl teilzunehmen.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Jaremenko-Instituts für Sozialforschung vom April 2013, http://www.uisr.org.ua/img/upload/files/uisr/PR_SMC-UISR_2013_04_26.pdf

Grafik 3: Für wen würden Sie stimmen, wenn an diesem Sonntag Präsidentschaftswahlen wären? (2011–2013)



Anmerkung für die Rasumkow-Daten: Berechnet aus den Daten der Befragten, die angaben, an der Wahl teilzunehmen. Werte unter Einbeziehung aller Befragten: Anatolij Hryzenko: 2,9 % (2,3 %), Witalij Klitschko 4,8 % (13,5 %), Petro Symonenko 4,8 % (5,4 %), Julija Tymoschenko 16,3 % (10,6 %), Oleh Tjahnibok 2,9 % (4,6 %), Wiktor Janukowytsch 13,3 % (18,3 %), Arsenij Jazenjuk 10,7 % (6,4 %), gegen alle 10,7 % (7,8 %), nehme nicht teil: 11,9 % (13,9 %), schwer zu sagen: 14,7 % (11,9 %). Nicht aufgeführt wurden Antworten für andere Personen.

Quellen: Rasumkow: Repräsentative Umfrage des Rasumkow-Zentrums, http://www.razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=589; »Rating« Repräsentative Umfrage der Agentur für soziologische Umfragen »Rating« vom Februar 2013, <http://www.ratinggroup.com.ua/products/pollitic/data/entry/14049/>.

Tabelle 2: Für wen würden Sie stimmen, wenn an diesem Sonntag Präsidentschaftswahlen wären? (nach Regionen)

	Anatolij Hryzenko	Witalij Klitschko	Petro Symononko	Oleg Tjahnybok	Wiktor Janukowytsch	Arsenij Jazenjuk	gegen alle	andere
Westen	1,6 %	28,9 %	1,3 %	21,3 %	8,0 %	30,0 %	8,0 %	0,7 %
Zentrum	3,6 %	15,2 %	6,9 %	10,6 %	28,2 %	25,0 %	8,9 %	1,4 %
Norden	5,5 %	28,9 %	6,7 %	12,3 %	16,2 %	21,8 %	5,5 %	3,8 %
Osten	0,3 %	14,7 %	11,4 %	2,8 %	45,3 %	6,4 %	15,5 %	3,5 %
Süden	3,1 %	14,2 %	8,6 %	3,1 %	51,8 %	4,0 %	10,2 %	4,8 %
AR Krim	0,0 %	7,0 %	23,6 %	1,5 %	48,5 %	0,0 %	19,4 %	0,0 %
Kiew	0,0 %	32,8 %	7,4 %	19,4 %	22,3 %	17,9 %	0,0 %	0,0 %

Anmerkungen: Berechnet aus den Daten der Befragten, die angaben, an der Wahl teilzunehmen. Es wurde bei der Befragung im Gegensatz zu den Umfragen aus Grafik 2 davon ausgegangen, dass Julija Tymoschenko bei den Präsidentschaftswahlen NICHT antreten wird.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Jaremenko-Instituts für Sozialforschung vom April 2013,

http://www.uisr.org.ua/img/upload/files/uisr/PR_SMC-UISR_2013_04_26.pdf

Tabelle 3: Vertrauen Sie diesem/r Politiker/in?

	ja	eher ja	eher nein	nein	schwer zu sagen/k. A.	Bilanz (positive-negative Antworten)
Wiktor Janukowytsch	11,8 %	19,0 %	25,3 %	40,5 %	3,4 %	-35,0 %
Mykola Asarow	6,8 %	20,4 %	29,2 %	39,8 %	3,7 %	-41,7 %
Petro Symononko	5,8 %	12,4 %	29,2 %	48,2 %	4,5 %	-59,1 %
Julija Tymoschenko	10,5 %	18,2 %	23,8 %	43,0 %	4,5 %	-38,1 %
Arsenij Jazenjuk	8,9 %	20,9 %	23,1 %	39,3 %	7,8 %	-32,6 %
Oleh Tjahnybok	8,7 %	24,6 %	26,8 %	35,3 %	4,5 %	-28,7 %
Witalij Klitschko	4,0 %	24,6 %	28,5 %	35,4 %	5,5 %	-35,3 %

Quelle: Repräsentative Umfrage des Jaremenko-Instituts für Sozialforschung vom April 2013,

http://www.uisr.org.ua/img/upload/files/uisr/PR_SMC-UISR_2013_04_26.pdf

Vom 15. bis zum 28. Mai 2013

15.05.2013	Das Parlament lehnt einen Gesetzesvorschlag zur Ratifizierung der Den Haager Kinderschutzkonvention in erster Lesung ab. Die Konvention sieht unter anderem Regelungen zur transnationalen Adoption von Kindern vor.
16.05.2013	Die Fraktionsführer der drei Oppositionsparteien im Parlament, Arsenij Jazenjuk, Witalij Klitschko und Oleh Tjahnibok, erklären in einer gemeinsamen Stellungnahme, dass sie sich auf gemeinsame Oppositionskandidaten in den sogenannten »Problemwahlkreisen« 94, 132, 194, 197 und 223 geeinigt hätten. In diesen fünf Wahlkreisen war es bei der Parlamentswahl 2012 zu Unregelmäßigkeiten gekommen. Die Zentrale Wahlkommission hatte daraufhin erklärt, es könne kein Ergebnis ermittelt werden. Neuwahlen waren beschlossen worden.
17.05.2013	In einer Umfrage sprechen sich 4,6% der Befragten für gleichgeschlechtliche kirchliche Ehen aus. 16% der Befragten befürworten die Möglichkeit, gleichgeschlechtliche Zivilehen zu schließen.
18.05.2013	In Simferopol versammeln sich ca. 20.000 Menschen zum traditionellen Trauertag anlässlich der Deportationen der Krimtataren nach Zentralasien, Sibirien und in den Ural, die sich heute zum 69-sten Mal jähren.
18.05.2013	Auf dem Sofienplatz in Kiew findet eine Demonstration unter dem Motto »Steh auf, Ukraine!« statt, die von den drei parlamentarischen Oppositionsparteien gemeinsam organisiert wird. Nach Angaben der Partei Vaterland nehmen 50.000 Menschen teil. Zur gleichen Zeit findet in Kiew eine Demonstration von Anhängern der Partei der Regionen statt.
18.05.2013	Am Rande der Demonstrationen in Kiew kommt es zu einer Auseinandersetzung zwischen Anhängern der Partei Freiheit und einigen »Sportlern«, die an der Demonstration der Partei der Regionen teilnehmen. In der darauf folgenden Schlägerei werden zwei Journalisten verletzt, die daraufhin die Polizei beschuldigen, nicht eingegriffen zu haben. Der Oppositionspolitiker Witalij Klitschko verurteilt den Angriff als »politische Provokation«. Vertreter der Partei der Regionen erklären unterdessen, nicht an der Eskalation beteiligt zu sein.
20.05.2013	In einer Umfrage des Rasumkow-Zentrums geben 42% der Befragten an, einen Beitritt der Ukraine zur EU zu befürworten. Für einen Beitritt zur Zollunion mit Russland, Belarus und Kasachstan sprechen sich 33% aus, gegen eine Teilnahme der Ukraine an beiden Organisationen sind 12% der Befragten.
21.05.2013	Im Zusammenhang mit den Ereignissen während der Demonstration am vorangegangenen Samstag halten Abgeordnete der Oppositionsfractionen für kurze Zeit die Parlamentstribüne besetzt. Währenddessen zeigen sich die US-amerikanische Organisation Freedom House und die EU-Kommission besorgt über die Vorfälle und mahnen zu schneller Aufklärung.
22.05.2013	Nach Berechnungen der ukrainischen Ausgabe des Magazins Forbes aus offiziellen Deklarationen standen der Partei der Regionen im Jahr 2012 325 Millionen Hrywnja (ca. 32,5 Millionen Euro) an Finanzmitteln zur Verfügung. Die Partei Vaterland kam auf 115 Millionen Hrywnja (ca. 11,5 Mio. €), die Kommunistische Partei deklarierte 112 Mio. Hrywnja (ca. 11 Mio. €), UDAR gab insgesamt 43,5 Millionen Hrywnja (ca. 4,3 Mio. €) an, während die Partei Freiheit auf 27 Millionen Hrywnja (ca. 2,7 Mio. €) kam. Parteien in der Ukraine sind für ihre Finanzierung fast ausschließlich auf Spenden angewiesen (s. den Beitrag zu UDAR in dieser Ausgabe).
23.05.2013	Alle höheren Bildungseinrichtungen der Ukraine sind an die Einheitliche Datenbasis EGEBO angeschlossen. Die Bewerbung um einen Studienplatz an ukrainischen Universitäten ist nun auf elektronischem Wege möglich.

24.05.2013	Der russische Generalkonsul in Simferopol, Wladimir Andreew, reicht seinen Rücktritt ein, nachdem das russische Innenministerium Äußerungen von ihm als »inkorrekt« bezeichnet hatte. Andreew hatte vom Besuch eines Films über den sowjetischen Kampfpiloten krimtatarischen Ursprungs Achmet-Khan Sultan Abstand genommen. In Film kommt die Deportation der Krimtataren durch Stalin zur Sprache. Andreew hatte aufgrund dessen geäußert, der Film verzerre die Wahrheit über den Großen Vaterländischen Krieg.
25.05.2013	In Kiew wird an diesem Wochenende mit einer Vielzahl öffentlicher Veranstaltungen der Tag der Stadt begangen.
26.05.2013	In Lwiw und Iwano-Frankiwsk wird der »Tag der Helden« gefeiert. An diesem Tag wird in einigen westlichen Regionen des Landes an die Kämpfe der »Organisation Ukrainischer Nationalisten« (OUN) und der »Ukrainischen Aufständischen Armee« (UPA) für eine unabhängige Ukraine im Ersten und Zweiten Weltkrieg erinnert.
26.05.2013	Präsident Wiktor Janukowytsch trifft im russischen Sotschi den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu vorbereitenden Beratungen für das Treffen des Hohen Eurasischen Wirtschaftsrates am 28. und 29. Mai in Astana, Kasachstan.
28.05.2013	Das Treffen des Hohen Eurasischen Wirtschaftsrates beginnt in Astana. Neben Vertretern der zentralasiatischen Staaten und Russlands nehmen auch der Belarussische Präsident Aleksander Lukaschenko und der Präsident der Ukraine, Wiktor Janukowytsch, teil.

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Jan Matti Dollbaum

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2013 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de